

Bei der Energiewende setzt nun ausgerechnet Polen auf Atomstrom

Welt, 17.05.2021, Philipp Fritz

Polen hat bisher keine Atomkraftwerke. Aber nun setzt das Land im Kampf gegen den Klimawandel massiv auf die Kernkraft. Die Meiler sollen nahe der deutschen Grenze entstehen. Die Grünen machen Front gegen die Pläne.

Für Andrzej Duda war es die Gelegenheit, den Ruf seines Landes zu verbessern. Ende April trat der polnische Staatspräsident auf dem von den USA organisierten Klimagipfel auf. Eigentlich gilt Polen als Klimasünder, immer noch bezieht es siebzig Prozent seiner Energie aus Kohle. Es ist ein europäischer Rekordwert.

Duda nun, der sich mit einem Video auf dem Gipfel zuschalten ließ, verkündete mit selbstbewusstem Ton Polens Abkehr von der Kohle. Auf elf Prozent soll ihr Anteil am polnischen Energiemix bis 2040 sinken, bis 2049 will Warschau sich vollständig von dem Rohstoff lossagen.

Polen, das sich lange gegen die Klimaziele der EU gestemmt hatte, so schien es, war zu später Einsicht gelangt. Das Land soll klimaneutral werden, also kein Kohlenstoffdioxid mehr ausstoßen. Dann aber sagte Duda etwas, dass zumindest in Berlin jene Einsicht zu einer Schocknachricht verkommen ließ. „Und der neue Energiemix wird auf Atomenergie, erneuerbarer Energie und Gas basieren“, so der Präsident.

„Atomenergie“, nannte Duda an erster Stelle – und zeigte damit sofort den Widerspruch zur deutschen Energiewende auf. Deren Markenzeichen ist gleichzeitig der Ausstieg aus der Kohleverstromung und das Abschalten der Atommeiler. Polens offizielle Energiestrategie (PEP) ist nicht weniger ambitioniert, schließlich ist der Kohleanteil gewaltig; aber sie unterscheidet sich fundamental vom deutschen Weg.

Polen, das bisher über kein Atomkraftwerk verfügt, will in die Kernenergie einsteigen und plant massive Investitionen von 30 Milliarden Euro. Gleich zwei bis drei Atomkraftwerke mit sechs Reaktoren und einer Leistung von bis zu zehn Gigawatt sollen schon ab 2033 ans Netz gehen – und zwar in der Nähe der Grenze zu Deutschland. In der engsten Auswahl sind die Orte Belchatow, Patnow, Zarnowiec und Lubiatowo-Kopalino. Die drei letztgenannten sind gerade mal 450 Kilometer von Berlin entfernt.

Dort sorgt sich die Politik um die Sicherheit künftiger polnischer Atommeiler. Ein von der Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass im Fall eines GAUs in einem polnischen Kraftwerk auch Polens Nachbarländer von nuklearem Niederschlag betroffen wären, darunter unmittelbar bis zu 1,8 Millionen Menschen in Deutschland. In diesem Szenario müssten Berlin und Hamburg teils evakuiert werden.

In einer Stellungnahme des Bundesumweltministeriums (BMU) für WELT heißt es: „Für die Bundesregierung ist entscheidend, dass bei einem Atomkrafteinstieg Polens ein höchstmögliches Niveau von nuklearer Sicherheit, Strahlenschutz und Sicherung auch für angrenzende, potenziell unmittelbar betroffene Staaten wie Deutschland sichergestellt wird.“

Ähnlich bezieht auch die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Sylvia Kotting-Uhl, Stellung: „Jedes Land kann selbst darüber entscheiden, auf was für Energieträger es setzt“, sagt sie WELT. „Aber im Fall eines Unfalls ist es bei Kernenergie kein nationales Thema mehr“, so die Grünen-Politikerin weiter.

Die polnische Regierung indes lässt sich von Kritik nicht beirren, sie hält an ihren Atomplänen fest. 2022 bereits will sie endgültig die Standorte für die Kraftwerke festlegen, in dem Jahr, in dem

Deutschland gedenkt, sein letztes Kernkraftwerk abzuschalten. Nicht nur die polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) forciert den Einstieg in die Atomenergie, er ist parteiübergreifend.

Sogar Teile der parlamentarischen Linken und der Klimabewegung sprechen sich für die Kernkraft aus. Sie sind davon überzeugt, dass der Kohlenstoffdioxidausstoß bei zunehmendem Energiebedarf nur so gesenkt werden kann. Hinzu kommt eine sicherheitspolitische Dimension: Unter keinen Umständen möchte Polen sich von russischen Energieimporten abhängig machen.

So hat etwa der polnische Konzern PGNiG seinen Vertrag mit dem russischen Gasriesen Gazprom über das Jahr 2022 hinaus nicht verlängert. Warschau steht Moskau traditionell überaus kritisch gegenüber. Projekte wie die deutsch-russischen Pipelines Nord Stream 1 und 2 begreifen polnische Strategen als russische Werkzeuge hybrider Kriegführung.

„Man kann die Erwägungen auf polnischer und auch auf deutscher Seite nicht ohne Nord Stream 1 und 2 verstehen“, sagt im Gespräch mit WELT Jakub Wiech. Der stellvertretende Chefredakteur des Fachmagazins „Energetyka24“ gilt als Experte für polnische Energiepolitik. Er zeichnet ein Bild, das über einen einzelnen Energieträger hinausgeht. „Die deutsche Energiewende kann für uns kein Vorbild sein. Vollständig auf Kohle zu verzichten und Energieimporte kleinzuhalten, ist ohne einen Einstieg in die Atomenergie nicht möglich“, erklärt er.

Mehr noch: In Warschau wird die deutsche Energiewende aufgrund ihres erklärten Vorbildcharakters vielfach als ein Mittel deutscher Machtpolitik verstanden – obwohl diese Zuordnung den meisten deutschen Politikern fremd sein dürfte. Würde Polen in Zukunft, so wie Deutschland, vor allem auf erneuerbare Energien setzen, müsste es mehr Gas importieren.

Dieses käme dann aus Deutschland, das sich nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu einem Verteilerzentrum für russisches Gas in Europa entwickeln könnte. So sieht Polen seinen Atomeinstieg auch als eine Maßnahme, um Europa weniger anfällig für potenzielle Rohstoffpressungen Moskaus zu machen.

Russland darf nicht bauen

Russland ist für Polen denn auch kein Partner beim Atomeinstieg, wie zum Beispiel für Ungarn. Dort baut der russische Staatskonzern Rosatom aktuell das Kraftwerk Paks aus. In Polen buhlen drei Länder darum, Partner in Sachen Atomkraft zu werden: Südkorea, Frankreich und die USA. Vieles deutet darauf hin, dass die USA den Zuschlag bekommen, sagt Experte Wiech. „Eine Entscheidung für die USA etwa würde die ohnehin enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zementieren“, erklärt Wiech weiter.

Tatsächlich haben beide Regierungen bereits im vergangenen Jahr ein Abkommen über die Zusammenarbeit in der Entwicklung der Kernenergie unterzeichnet. Im Rennen ist der US-Atomkonzern Westinghouse. Dessen Chef Patrick Fragman war persönlich zuletzt im März in Warschau, traf sich mit polnischen Regierungsvertretern.

Immer nachdrücklicher macht seit einiger Zeit auch Frankreich Polen seine Aufwartung. Nach dem Abtritt von Donald Trump, der Polen besonders zugetan schien, sieht Paris seine Chance, in eine mögliche Lücke vorzustoßen. Siebzig Prozent der Stromerzeugung Frankreichs speist sich aus Atomkraft. Frankreich ist das Atomland in der EU – und dürfte nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Interesse daran haben, Polen dabei zu helfen, in den Club der Atom-Europäer aufgenommen zu werden.

Ist die Atomkraft nachhaltig?

Unklar ist weiterhin, ob Atomkraft in der EU künftig als nachhaltig eingestuft wird. Paris ist ein Fürsprecher dessen. Mit Polen hätte Frankreich in der Sache einen einflussreichen Partner an seiner Seite. Deutschland befände sich auf einmal zwischen zwei großen Nachbarn, die eine ganz andere Idee von Dekarbonisierung umsetzen.

Auf Intervention eines UN-Schiedsgerichts immerhin hat sich Polen bereit erklärt, Deutschland an seiner Energiestrategie zu beteiligen. „Die Beteiligung kann unterschiedliche Schritte umfassen“, erklärt das BMU in seiner Stellungnahme, „unter anderem etwa der Austausch mit den polnischen Behörden.“

Ausschussvorsitzende Kotting-Uhl findet deutlichere Worte: „Wir können zumindest erwarten, dass sich die polnische Regierung bei einer so schwerwiegenden Entscheidung mit den Nachbarländern abstimmt. Das ist derzeit nicht in dem Maße der Fall, wie es vorgesehen ist.“

Neben Nord Stream 2, drohende Reparationsforderungen aus Warschau und den Abbau des Rechtsstaats in Polen scheint sich ein weiterer Dauerkonflikt zu gesellen: Der deutsch-polnische Atomstreit hat gerade erst begonnen.

https://www.welt.de/politik/ausland/plus231136741/Polen-Warschau-steigt-in-die-Kernkraft-ein.html?source=k301_variationTestV7_autocurated